

„wir leugnen die universale Vaterschaft Gottes jedesmal, wenn wir einem nicht-europäischen Kind die Erziehung, einem nicht-europäischen Volk die Gerechtigkeit verweigern“.

Ökumenische Nachrichten

Die 3. Synode
der EKD

Die dritte Generalsynode der EKD, die vom 1.—5. April in Hamburg tagte, hatte als Hauptthema die Neuregelung der kirchlichen Diakonie, d. h. vor allem den Erlaß eines neuen Hilfswerk-Gesetzes, weil die im Januar 1949 in Bethel beschlossene Ordnung nur für zwei Jahre befristet war. Damals wurde das Hilfswerk, das unter der tatkräftigen Führung seines ersten Begründers und Leiters, Dr. Gerstenmaier, sehr selbständig geworden war und den alleinigen Verteiler aller Liebesgabensendungen aus dem Ausland darstellte, stärker unter die kirchliche Verantwortung gestellt. Das neue Gesetz verändert seine Gestalt völlig im Sinne einer Dezentralisation. Das Nachlassen der Auslandsspenden macht eine sehr viel größere Aktivität der lokalen Instanzen erforderlich; und da die Person von Dr. Gerstenmaier heute einen ganz bestimmten politischen Kurs repräsentiert, der im Osten mißbilligt wird, war besondere Rücksicht auf die Ostzone erforderlich. Denn deren Innenminister Dr. Steinhoff hatte am 15. Februar ein Einfuhrverbot auswärtiger Liebesgaben bzw. deren Verteilung durch die „Volkssolidarität“ angeordnet. Innerpolitische Angriffe, die in jüngster Zeit gegen den Leiter des Hilfswerks erfolgten, haben auf die Neuregelung keinen Einfluß gehabt. Der Rat der EKD hat die Angriffe auf Dr. Gerstenmaier als unbegründet zurückgewiesen, und die Synode hat dem Hilfswerk das Vertrauen ausgesprochen. Das neue Gesetz schränkt die Stellung des Zentralbüros ein. Statt eines „Leiters des Hilfswerkes“ gibt es künftig nur einen „Leiter des Zentralbüros“. Eigene wirtschaftliche Unternehmungen müssen abgestoßen werden. Die Errichtung von Heimen und Anstalten muß vom Verwaltungsrat und vom Rat der EKD genehmigt werden. Der Hilfswerksausschuß wird auf eine breitere Grundlage gestellt. Es gehören ihm an der Vorsitzende des Rates der EKD und ein weiteres Mitglied des Rates, je ein Vertreter der Hilfswerke der Gliedkirchen der EKD, der Leiter des Zentralbüros, der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission und eine Reihe anderer Vertreter, darunter sechs Delegierte der Synode. Der Ratsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates, der die Geschäftsführung überwacht. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober 1951 müssen ausgegliedert sein: das Evangelische Verlagswerk Stuttgart, die Wochenzeitung „Christ und Welt“, die Veredelungswirtschaft G. m. b. H., die Matthiasfilm G. m. b. H., die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Ev. Hilfswerkes der EKD und die Sozialwerke-Gesellschaft für Wohnung und Hausrat m. b. H. Ein zweites Gesetz hat einen „Diakonischen Beirat“ geschaffen, um die Wahrnehmung des Liebesgebotes einheitlich anzuregen. Damit ist der Plan hinfällig geworden, neben Kirchenkanzlei und Außenamt als dritte Zentralbehörde ein „Diakonisches Amt“ zu schaffen. Ein Aufruf der Synode an die Gemeinden mahnt zu verstärkter Übung praktischer Liebespflicht in den Gemeinden selbst.

Politische Spannungen bereinigt

Der Rechenschaftsbericht von Bischof D. Dibelius über das verflossene Jahr legte mit großer Offenheit die bedauerlichen politischen Spannungen dar und erklärte u. a., es sei leider nicht immer deutlich der Unterschied zwischen christlichem Gewissensernst und Parteikritik zum Ausdruck gekommen. Es sei nicht damit getan, hinterher die Schärfe dieser oder jener Äußerung zu bedauern. Wer als Christ rede, müsse unmißverständlich reden. In der sehr offenen Aussprache sagte D. Niemöller, er betrachte diesen Teil seiner politischen Tätigkeit als abgeschlossen, und er fand gegenüber der Bonner Regierung Worte des Einlenkens (wie Epd meldet). Sehr mutig waren die Erklärungen von Bischof D. Dibelius über die Lage in der Ostzone: „Mit einem totalen Staat, der unter Einsatz aller seiner Machtmittel die materialistische Weltanschauung zur Geltung zu bringen sucht, wird die Kirche Jesu Christi innerlich niemals zusammenkommen. Dieser Gegensatz darf nicht verschleiert werden. Inzwischen haben es die politischen Verhältnisse mit sich gebracht, daß die staatlichen Beziehungen zu den Kirchenleitungen sich freundlicher darstellen. Man erhoffte von ihnen Vermittlerdienste für eine Wiedervereinigung Deutschlands, wie sie die östliche Politik in überraschender Wendung ins Auge gefaßt hatte. Die Kirchenleitungen des Ostens lehnten es nicht ab, zu einer solchen Auflockerung der Situation auch ihrerseits die Hand zu bieten. Daß man ihnen politische Ahnungslosigkeit vorwirft, werden sie gern in Kauf nehmen — wenn sie nur im Dienste der Liebe und des Friedens getan haben, was sie konnten.“ Zum Schluß unterstrich D. Dibelius den Wunsch des evangelischen Volksteiles, es möchte ein Diplomat evangelischer Konfession an den Vatikan entsandt werden. In dem Bericht des Kirchlichen Außenamtes wurde die wachsende Not der deutschen Auslandsgemeinden dargelegt und eine verstärkte Pflege der Verbindung zu den orthodoxen Kirchen erwähnt. Man habe den Schriftenaustausch mit dem Moskauer Patriarchat ausgebaut und werde demnächst einen evangelischen Pfarrer als ständigen Vertreter des Außenamtes zum Patriarchen von Konstantinopel entsenden.

Volk Gottes —
Kirche — Hl. Geist

Die Aussprache über das Dokument von Toronto „Die Kirche, die Kirchen und der Weltrat der Kirchen“ (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 5, S. 100 f.) hat begonnen. Das Aprilheft 1951 der „Ecumenical Review“ ist hauptsächlich dem Abdruck von Gutachten und Stimmen zu diesem Thema gewidmet, die manche interessante Kritik im Rahmen allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck bringen. Der methodistische Prof. Clarence T. Craig, Madison N. J. (USA), ist mit dem Dokument nicht zufrieden, weil es nicht ein Zeugnis für die Einheit, sondern für die Spaltungen der Kirchen sei, „die noch im Leibe Christi existieren“. Um weiter zu kommen, müsse man zunächst unterscheiden „zwischen der Tatsache der Einheit des Volkes Gottes und den Unterschieden in unseren Lehren über die Natur dieser Kirche“. Die „Wirklichkeit“ fordere unsere Theorien heraus, sagt Craig, und diese Wirklichkeit des einen Volkes Gottes werde immer noch von vielen Mitgliedern des Rates nicht anerkannt. Auf der anderen Seite erklärt er, es gehe nicht an, dauernd zu beteuern, man sei „eins in Christus“, obwohl man nicht eine Kirche bilde. Diese

Aufspaltung der Begriffe sei im Lichte des Neuen Testaments unhaltbar. Hier sei eindeutig die Kirche der Leib Christi, und für das biblische Denken sei der Leib nicht ein äußeres Gewand, sondern die Person selbst. Für den hl. Paulus bedeute daher „in Christus“ ein Sein in der Kirche. Die Sache des Ökumenischen Rates sei künftig gefährdet, wenn es nicht gelinge, dieser biblischen Erkenntnis Rechnung zu tragen und ein gewisses Maß kirchlicher Einheit herzustellen.

Prof. Peter Brunner, Heidelberg, ein führendes lutherisches Mitglied des ökumenischen Arbeitskreises, der in Deutschland regelmäßig mit katholischen Theologen tagt, betrachtet das Dokument von Toronto als einen Fortschritt. Er handelt in seinem Votum von dem „pneumatischen Realismus“, der im Ökumenischen Rat einen Ausdruck gefunden habe. Die Ekklesiologie von Toronto sei der Reflex einer unmittelbaren geistlichen Erfahrung und die Anerkennung einer objektiven dogmatischen Wahrheit, die das Gewissen der Christen bindet, einer Erfahrung, die nicht Menschen geschaffen, sondern von Gott empfangen haben. Die Tatsache der *Una Sancta* sei heute eine unzerstörbare Realität, die sich trotz der Reformation behauptet habe. In den letzten Jahrhunderten habe zweifellos die Lehre vom Heiligen Geist doketische Züge angenommen, heute dagegen setze der Heilige Geist seine Fleischwerdung durch und schärfe das Gewissen der Christen, daß es die Einheit des Leibes Christi auch in einer äußeren sichtbaren Solidarität bezeuge. Zum erstenmal in der christlichen Geschichte sei in Toronto ein Hinweis gegeben worden, auf welcher Basis Mitglieder des Rates, die sich gegenseitig von der Kommunion ausschließen müssen, dennoch einander in Liebe zugestehen, daß sie lebendige Glieder des Leibes Christi sind. Auch gewinnen die Sakramente immer größere Bedeutung für die Besinnung innerhalb des Rates. Die Taufe werde als das ökumenische Sakrament erkannt, und man nehme ihre Wirkungen wieder ernst. Man müsse sich allerdings fragen, ob es wirklich der Herr selber ist, der angesichts der schon vorhandenen geistlichen Einheit noch die Trennung in der Verwaltung des Abendmahls aufrechterhält. Andererseits läge bei einer Kirche, die Christen einer anderen Gemeinschaft vom Abendmahl ausschließe, nicht etwa ein Mangel an Liebe vor, sondern es zeige sich die konkrete Verantwortung für die Einheit der Kirche. Man müsse diese Trennung als ein Kreuz tragen und als ein aufgerichtetes Zeichen erkennen, das uns mahnt, die Einheit des mystischen Leibes der Kirche solle nicht ohne äußere und sichtbare Zeichen sein.

Rücksicht auf Rom

Der anglikanische Bischof von Malmesbury rät, sich mehr als bisher auf das Wirken der Gnade zu stützen, wenn man den Entschluß, beieinander zu bleiben, durchhalten wolle. Er warnt sodann vor der Gefahr, daß der Ökumenische Rat eine antirömische statt eine nicht-römische Institution werde. In diesem Falle würden die Anglikaner ihm ihre Unterstützung entziehen. Man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Römisch-Katholische Kirche zwar nicht ein Mitglied des Ökumenischen Rates werde, aber doch „in ein gewisses paralleles Verhältnis“ zu ihm tritt. Die anglikanische Kirche werde jedenfalls im Mai dieses Jahres auf ihren beiden Synoden das Dokument von Toronto einer offiziellen Prüfung würdigen.

Schließlich sei erwähnt, daß der ökumenische Studiensekretär der niederländisch-reformierten Kirche, H. van der Linde, mit Recht von der neuen kritischen Theologie des Neuen Testaments eine Förderung des Ökumenischen Rates erwartet, wobei allerdings nicht unerwähnt bleiben darf, daß nach einem Bericht der „Reformierten Kirchenzeitung“ Rudolf Bultmann in einer öffentlichen Rede die christologische Formel des Rates „Jesus Christus als Gott und Heiland“ als unbiblisch abgelehnt hat. Der lutherische Erzbischof von Upsala, Yngve Brilioth, spricht sich in seinem Gutachten für eine sichtbare Gestalt der Kirche mit Ritus und Verfassung aus, in welcher die unsichtbare Kirche Fleisch wird. Es sei aber zu begrüßen, daß der Rat einstweilen von einer Definierung einer ekklesiologischen Zielsetzung absehe. Bischof Newbigin von Südafrika fordert, daß der Rat sich nur als eine Übergangserscheinung zu einer geeinten Kirche betrachte. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die erste Reihe von Beiträgen zur Aussprache über das Dokument von Toronto nur die schwebenden Differenzen widerspiegelt, ohne einen sicheren Weg zu ihrer Überwindung zu wissen. Indessen ist der Doketismus kräftig im Abnehmen.

Die Einheitskirche von Cincinnati

Es ist für die richtige Beurteilung der künftigen Entwicklung des Ökumenischen Rates notwendig, die inner-amerikanischen Tendenzen zu kirchlichen Fusionen sorgfältig zu beobachten. Anlässlich unserer ersten Meldung über die Gründung des „Nationalrates der Kirche Christi in USA“ (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jg. S. 178 und 246) hatten wir darauf hingewiesen, daß die im wesentlichen kongregationalistischen Denominationen — sie machen im Nationalrat über $\frac{2}{3}$ der Christen aus — auf eine völlige Einigung zur „Vereinten Kirche Christi“, eine sogenannte organische Union, hindrängen, wobei sie von den christlichen Frauenorganisationen unterstützt werden. Es liegt nun der Verfassungsentwurf vor, den der Methodistenbischof Lee Holt auf der Konferenz von Cincinnati am 23. Januar 1951 zur Diskussion gestellt hat („Christian Century“, 14. Februar 1951). Diese Konferenz sollte die Linie fortsetzen, die im Dezember 1949 in Greenwich (Con.) begonnen wurde und deren Substanz die Opposition gegen den Einfluß der „katholisch“-bischöflichen Gruppen, d. h. besonders der Anglikaner und Orthodoxen innerhalb der ökumenischen Arbeit ist (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, S. 255 f.). Es ist merkwürdig, daß die Verfassung der EKD eine Anregung zu diesem Einigungsvorschlag gegeben hat. Auf der Konferenz von Cincinnati waren offiziell vertreten die Kongregationalisten, die Disciples of Christ, die Methodisten, Presbyterianer und Evangelisch-Reformierten, von kleineren Gemeinschaften abgesehen. Sie umfassen zusammen ca. 17,5 Millionen Christen. Die Baptisten fehlten. Die Redner, darunter Charles Clayton Morrison, der Mitherausgeber des „Christian Century“, George W. Richards (Ev. Ref.) und Bischof Holt, nannten die bisherigen Ergebnisse der ökumenischen Bewegung eine halbe Sache. „Der nächste Schritt muß eine organische Einheit sein.“ Der vorgelegte Plan wurde in dieser ersten Fassung noch nicht gebilligt. Bischof Oxnam (Meth.), einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates, nannte den Plan warnend „zu kongregationalistisch“. Anderen Methodisten war er im Technischen noch zu wenig konkret. Die

Disciples of Christ schlugen vor, die Nomenklatur der Ämter und Organe flüssiger zu gestalten, z. B. den Vorsitzenden der synodalen Instanz „Bischof oder Sekretär oder Superintendent, Direktor oder sonstwie“ zu nennen.

Der Fusionsplan

Der Wortlaut des Dokumentes geht von einem „göttlichen Imperativ“ aus, den vereinigten Kräften des Bösen die Kräfte der Erlösung entgegenzustellen, und zwar „durch das persönliche und korporative Zeugnis und die zusammengefaßte Aktion der geeinten Christen“. Der zweite Abschnitt spricht von dem „gemeinsamen Erbe des christlichen Glaubens“ und sagt: „Wir teilen einen gemeinsamen Glauben an Gott unseren Vater, an Jesus Christus seinen Sohn, unseren Heiland, an den Hl. Geist, unseren Führer und Tröster, an die Hl. Katholische Kirche, durch welche Gottes ewiger Plan der Erlösung verkündet wird und seine Königsherrschaft auf die Erde gekommen ist ...“ Diese stark entdogmatisierte trinitarische Formel widerspricht offensichtlich der sogenannten „christologischen Basis“ des Ökumenischen Rates („Jesus Christus als Gott und Heiland“) und bleibt auch hinter der Formel des Nationalrates zurück („Jesus Christus als Herr und Heiland“), die ihrerseits schon das Mißfallen der Disciples of Christ erregt hatte (vgl. S. 247 linke Spalte). Sie leitet zu dem Vorhaben über, „unter Führung des Hl. Geistes in Christus Einheit zu suchen mit jener christlichen Freiheit des Gewissens und der Organisation, deren wir uns jetzt erfreuen, und dabei uns zu vereinigen zu einem sichtbaren Leibe, der die Vereinte Kirche Christi heißen soll, zur Förderung des Erlösungswerkes Christi in der Welt ...“ Die Organisation baut auf selbständigen Ortsgemeinden der einzelnen Denominationen auf. „Die Ortskirche ist die ökumenische Kirche, die an einem besonderen Ort in Erscheinung tritt.“ Darum werden die verschiedenen Gemeinden eines Ortes — das ist in USA die Regel — durch einen Ausschuß zusammengefaßt. Die Verwaltung des Abendmahles und die des Eigentums bleibt autonom, soweit das Eigentum nicht zusammengelegt wird. Die Ordination der Pfarrer geschieht „zum Dienst der Kirche Jesu Christi“. Sie wird durch das Presbyterium, die nächsthöhere Instanz, auf Vorschlag der Ortsgemeinde unter Vorsitz des „Bischofs“ vollzogen, um damit anzuzeigen, daß der Ordinierte der ganzen Kirche gehört. Das übergeordnete Presbyterium, aus Vertretern der verschiedenen Denominationen bestehend, ist besonders für den geistlichen Nachwuchs verantwortlich und nimmt die Wahl der Delegierten zur „Konferenz“ vor, einer Art Provinzialsynode, die von Geistlichen und Laien besetzt wird und sich einen „Bischof“ wählt als „geistlichen Berater und Führer der Kirchen und Pfarrer und als Verwaltungsaufsicht“. Die letzte Instanz ist ein „Generalrat“, der alle zwei Jahre tagt und die Einheit dieser Union repräsentiert, die „Weihe eines neuen Bischofs“ vornimmt und die gemeinsamen Aufgaben durchführt.

Es handelt sich also um ein lockeres Schema, in welchem allmählich die angehörigen Denominationen zusammenwachsen können. Seiner Struktur nach unterscheidet es sich durch seine große Einfachheit und dogmatische Unbedenklichkeit von dem Unionsversuch der „Kirche von Südindien“, die immerhin auch die Anglikanische Kirche einbezogen hat, weil deren episkopale Sukzession und Weihe zugrundegelegt wurde. Man darf wohl damit

rechnen, daß diese Union der amerikanischen Freikirchen liberaler Prägung noch vor Lund Wirklichkeit wird und dann dem Ökumenischen Rat zu schaffen macht, bei dessen „christologischer Basis“ man heute schon zweifeln darf, ob sie von allen Mitgliedern des Rates aufrichtig anerkannt worden ist.

Asmussens unkämpfte Mariologie

Es war zu erwarten, daß Asmussens mutiges und tiefgründiges Marienbuch auf lebhaften Widerspruch auch im lutherischen Lager stoßen werde. Man darf sich wundern, daß nur so wenig davon laut wird. Im wesentlichen blieb es bisher dem Erlanger Apologeten Walter Künneth vorbehalten, in der „Ev. Luth. Kirchenzeitung“ (15. Januar) einen scharfen Protest gegen den Propst von Kiel vorzutragen. Er verschweigt darin nicht seine ernste Zustimmung zu gewissen Grundthesen über die Bedeutung der Jungfrau Maria in dem Geheimnis der Inkarnation. Er versteht ihn freilich falsch, wenn er meint, für Asmussen stehe Maria eindeutig auf seiten des Menschen. Aber dann kommt der Vorwurf, das Marienbuch verlasse in wesentlichen Stücken den Boden des biblischen Zeugnisses und versteige sich in unkontrollierbare Spekulation, so daß es in unmittelbare Nähe zur katholischen Mariologie gerate. Er meint damit alles, was über die Mittlerstellung und die Heilsnotwendigkeit Marias ausgesagt wird. Es zeigt sich hier ein unverkennbarer Mangel der Schrift Asmussens, daß er seine Einsichten nicht gründlicher belegt hat, wozu er bisher nur in Vorträgen über den Römerbrief, besonders über die Geschichtsmächtigkeit Abrahams für das Volk Gottes Gelegenheit nahm; z. B. in Mainz im Rahmen des „Instituts für europäische Geschichte“ von Prof. Joseph Lortz. Künneth sagt, Asmussen provoziere geradezu die Gefahr einer heillosen Verwirrung, denn er „sieht nur die Front des liberalen Intellektualismus, gegen den wir uns mit ihm zusammen wenden. Er übersieht aber die nicht minder verderbliche Front der spekulativen Schwärmerei ...“. Es sei kein Wunder, daß katholische Kreise dem Buch und seinem Verfasser Beifall zollen, da ihn von der katholischen Mariologie nur noch wenige Schritte trennen. Darum fordert Künneth — während die 2. Auflage des Buches schon verkauft wurde — ein kompromißloses Christuszeugnis zur Stärkung der evangelischen Festigkeit.

Asmussen ist Künneth die Antwort nicht schuldig geblieben. In Nr. 4 derselben Zeitschrift (28. Februar) stellt er die Frage: „Ist Christologie auch Mariologie?“ Man müsse zunächst feststellen, daß die katholische Kirche mit Maria von der Christologie mehr bewahrt habe als die evangelischen Kirchen ohne Maria. Wer sich heute als evangelischer Theologe zur Jungfrauengeburt, zum Sühnetod Christi, zur leiblichen Auferstehung, zum jüngsten Tag bekenne, müsse sich beinahe entschuldigen, daß er die landläufige Entmythologisierung nicht mitmache. Asmussen stellt sodann eine Reihe meist vergessener mariologischer Aussagen Luthers zusammen und erklärt aufrichtig, daß „Luther viel katholischer ist als Wilhelm Stählin und Hans Asmussen“. Das Mariendogma sei mit Recht in breitester Front so verstanden worden, daß hier in Maria von allen Menschen geredet wird. „Der Individualismus der hinter uns liegenden Epoche ist in diesem Dogma ... überwunden. Die Aufgabe aller Konfessio-

Handwritten note:
Hier wird
über
wieder
über
wieder
wieder
wieder
wieder

nen ... besteht darin, die kirchliche Lehre vom Individualismus zu lösen, auch und gerade dann, wenn wir von Maria reden ... Dogmatisch gesehen erfordert diese Überwindung des Individualismus, daß wir das Verhältnis der Heilstatsachen zu unserem Glauben nicht mehr allein unter dem Schema Subjekt—Objekt sehen. Daß Jesus Christus von der Jungfrau geboren ist, ist nicht so sehr Gegenüber und Gegenstand meines Glaubens, sondern bestimmendes und gestaltendes Ereignis meines eigenen Lebens. In der Geburt Christi bin ich selbst von neuem geboren, in seiner Auferstehung selbst auferstanden. Darum redet jedes Wort, das von meiner Neugeburt, von meinem Tode, von meinem Auferstehen redet, von Jesu Christi Geburt, Tod und Auferstehen, und insofern atmet das ganze Neue Testament die Jungfrauengeburt. Damit ist der Raum abgesteckt, in dem sich unsere Auseinandersetzung mit dem Katholizismus in Zukunft abspielen wird. Hier liegt Roms gegenwärtige Stärke. Wer nicht in diesem Raum und aus diesem Raum heraus redet, der redet an Rom vorbei.“

Kein Scheinbiblizismus!

Sodann verteidigt Asmussen den Gedanken der Vermittlung des einigen Mittlers und weist darauf hin, daß „diese Vermittlung uns entgegentritt im Apostolat und in der Predigt, aber auch in allen geschichtlichen Entscheidungen, in denen einer für viele Generationen ein ‚fiat‘ spricht“. Er wagt es auch zu sagen, daß der Heilige Geist, wenn er uns immer tiefer in das Christusgeheimnis hineinführt, eben dann in gewisser Hinsicht zu neuen Lehren führt. Zeige doch schon das Neue Testament solche Fortschritte der Glaubenserkenntnis. „Wir dürfen uns nicht gegen Rom auf einen Scheinbiblizismus zurückziehen!“ Dann fällt allerdings der nicht zu übersehende Satz: „Wir sind uns einig in der Ablehnung des vatikanischen Konzils. In der Begründung dieser Ablehnung aber sind wir uns nicht einig. Das Herrenwort ‚Ihr seid es nicht, die da reden, sondern eures Vaters Geist ist es, der durch euch redet‘ nur auf die Apostel zu beziehen, ist exegetisch unmöglich ... Es kann vom lutherischen Verständnis aus nicht bestritten werden, daß die christliche Kirche Wahrheiten formuliert, die ohne allen Zweifel geglaubt werden müssen ... Nur auf dieser Basis läßt sich mit dem Papst darüber streiten, ob das Vaticanum recht ist oder nicht. Gibt man diese Basis preis, dann hat man den Krieg verloren, ehe man ihn anfängt.“ Zum Schluß gibt Asmussen seiner Sorge Ausdruck, daß man in katholischen Kreisen oft eine Gleichsetzung oder Nebeneinanderstellung von Christus und Maria antreffe, „die uns tief betrübt“. Er prüft indessen so wenig wie in seinem jetzt im „Hochland“ (April) erschienenen Kieler Vortrag zum Assumptio-Dogma, welche Bedeutung dem „und“ zwischen Jesus und Maria zukommt. So verwechselt er offensichtlich auch Assensio, die Auffahrt Christi, und Assumptio, die Aufnahme Mariens in die Herrlichkeit des Sohnes, die sogar das ausführliche Referat des evangelischen Theologen Walter Delius in „Die Zeichen der Zeit“ (Heft 4) sauber einhält und in der päpstlichen Bulle gewahrt sieht. Der oben genannte Aufsatz sollte von uns Katholiken richtig verstanden und gewürdigt werden. Es ist ein erster überaus kühner Versuch, unmittelbar nach der Verlautbarung der lutherischen Landesbischöfe in einer vom Katholizismus ziemlich unberührten Gegend nicht nur ein kritisches, sondern vor allem ein positives Wort zu diesem

heiß umstrittenen Dogma zu sagen. Asmussen verblüfft seine Hörer mit einem Bekenntnis Luthers zur Immaculata, ohne es selber mitvollziehen zu können. Er bezeugt sogar ein freilich reserviertes Wort der Achtung vor Fatima und seinen segensreichen Folgen in Portugal, wobei er sich auf einen evangelischen Zeugen beruft. Er freut sich über die Wahrung des Lehramtes seitens der lutherischen Landesbischöfe gegenüber dem Papst — weil diese Entscheidung für die Jungfrauengeburt und gegen die lutherische Universitätstheologie ausgefallen sei. Er freut sich nicht minder, daß der Papst in einem Augenblick das Gehör der ganzen Welt findet, wo er die Menschen von ihren politischen Sorgen zurückruft, um ein Zeugnis für die Auferstehung abzulegen, während leider in der evangelischen Kirche um politische Fragen gestritten werde. „Indem die Augen der Welt auf die Mutter Jesu Christi, die Jungfrau Maria, gerichtet werden, werden wir alle vor eine Frage gestellt, der wir in unserer Literatur und auch in unseren Predigten ziemlich hilflos gegenüberstehen und die offensichtlich von größter Bedeutung ist. Wenn der Papst sein Dogma verkündet, dann steht ja dahinter die Überzeugung, welche unsere Kirche mit ihm teilt, daß Jesus Christus ohne Zutun eines Mannes von einer Jungfrau geboren wurde. Ist das wirklich eine gute Botschaft? Ob ich es euch klarmachen kann, weiß ich nicht; aber die Tatsache, daß die ganze Welt so zugehört hat bei dieser Botschaft, zeigt mir, daß die ganze Menschheit an einer Stelle eine Antwort erwartet, wo sie bisher keine Antwort von uns bekommen hat ...“ Asmussen freut sich an dem Marienzeugnis des Papstes, weil es zeige, „wieviel der erlöste Mensch Gott wert ist“, und fragt seine lutherischen Brüder: „Was könnt ihr denn eigentlich darüber sagen, wieviel wir Menschen Gott wert sind? Was habt ihr denn eigentlich der Lehre des Papstes Besseres entgegenzusetzen? Es ist ja nicht damit getan, daß wir einfach sagen: ‚Weil es der Papst sagt, ist es alles schlecht und nicht richtig. Deshalb brauchen wir nicht darauf zu hören.‘ Wenn das der Weisheit letzter Schluß wäre, dann wäret ihr nicht heute abend hier zusammengeströmt.“ Das sind außerordentliche Worte in dem Gespräch zwischen Christen und in dieser Frage!

Wenn Asmussen zum Schluß einige Bedenken gegen das Dogma anmeldet und wenn er meint, ein Christuszeugnis sei noch wichtiger als ein Marienzeugnis, so ist ihm — mit Joseph Weiger, der den Vortrag mit feinen Bemerkungen zurechtrückt — unter anderem diese Frage vorzulegen: Sollte nicht am Ende der moderne Mensch mit seiner verstiegenen, souveränen maskulinen Geistigkeit einer Art Vorbehandlung durch die jungfräuliche Mutter Maria bedürfen? Muß dieser Mensch nicht erst den Nullpunkt ihrer liebevollen Niedrigkeit vor Gott durchschreiten, ehe er wieder den fleischgewordenen Christus Jesus ganz zu sehen bekommt, der sich für das Bewußtsein dieses Menschen längst in einen bloßen Logos aufgelöst hat?

Rom — Der Herausgeber der ev.-luth. „Mö-Wittenberg — Genf natsschrift für Pastoraltheologie“, Pfr. Gerhard Kunze, Preetz, stellt „zur Klärung der Lage“ im Märzheft 1951 anlässlich des „erregendsten Ereignisses innerhalb der christlichen Kirchen“, nämlich der Verkündigung des neuen Mariendogmas, die Frage: „Auf

welcher Grundlage kann heute das Gespräch mit Rom fortgesetzt werden?“ Gestützt auf das eingehend zitierte dokumentarische Material der „Herder-Korrespondenz“, in der man als evangelischen Sprechern fast nur Bischof Stählin und Propst Asmussen begegne, untersucht Kunze die interkonfessionelle Lage, wie sie nach der Dogmatisierung und nach der ihm sehr wichtigen Enzyklika „Humani generis“ entstanden ist. Er glaubt feststellen zu müssen, daß nach den römischen Verlautbarungen Una-Sancta-Gespräche offensichtlich nur noch als Konversionsgespräche möglich sind. „Wir müssen die Hauptvertreter des Gespräches mit Rom bitten, in aller Öffentlichkeit uns zu erklären, auf welcher Position sie das Gespräch nun weiterzuführen gedenken, nachdem wirklich keinerlei Illusionen mehr erlaubt sind, und auf welcher Basis sie mit ihren Gesprächspartnern verhandeln. Selbstverständlich muß jedem unbenommen bleiben, sich mit Professoren, Priestern, Ordensleuten, Bischöfen oder Kardinalen zusammensetzen, um dogmatische Konsequenzen, die man nicht ohne weiteres oder vielleicht falsch versteht, auf ihre theologischen Voraussetzungen zurückführen zu lassen. Dabei geht es dann einfach um Fragen des Erkennens und Verstehens und dürfte in Parallele gestellt werden etwa damit, daß einer Arabisch lernt, um mit Islam-Theologen das Corpus doctrinæ des Islam möglichst tief zu erfassen. Von solchen rein wissenschaftlichen Gesprächen abgesehen, handelt es sich aber doch im Bemühen um die Una Sancta um etwas völlig anderes. Wir müssen wissen, wie von uns diese Gespräche überhaupt weitergeführt werden können, ohne daß ihnen von vornherein das Angebot der Selbstaufgabe impliziert. Werden wir erwarten dürfen, daß uns die Führer des Gespräches Rede und Antwort ohne Hörner und Zähne in aller Öffentlichkeit stehen werden, oder soll die kirchliche Lage bei uns weiter getrübt bleiben dadurch, daß man sich gegenseitig erzählt, der oder jener bedeutende lutherische Theologe gehe in Paderborn aus und ein . . .?“ Kunze meint, „es wird höchste Zeit, daß wir aufmerken“, zumal, wie er behauptet, die katholischen Zeitschriften, darunter auch die „Stimmen der Zeit“, den neuen Schriften von Stählin und Asmussen eine Bedeutung zuschreiben und eine Interpretation geben, die diese Theologen „in ein recht zweideutiges Licht rücken“.

Pfr. Kunze dürfte wissen, daß die erwähnten „Gespräche“ keine „Una-Sancta-Gespräche“ sind und auf Grund einer von der Berliner Synode 1950 ausdrücklich erteilten Ermächtigung geführt werden, einer Ermächtigung, die seitens des Rates der EKD im Dezember 1950 nach Prüfung der neuen Lage erneuert worden ist, da das umfangreiche Gebiet der dogmatischen Kontroversen, die hier wissenschaftlich erforscht werden, noch lange nicht erschöpft ist. Der Aufsatz dürfte daher eine sehr einseitige und übertrieben ängstliche Opposition nicht nur gegen die genannten Theologen, sondern gegen das Unternehmen des ökumenischen Arbeitskreises überhaupt sein. Leider zeigen die Zwischenbemerkungen zu den aus der „Herder-Korrespondenz“ entnommenen Dokumenten, besonders zu dem Übersetzungsfehler von „Humani generis“, einen derart polemischen Ton, daß von dieser Seite her ein Gespräch offensichtlich nicht mehr gewünscht wird, gerade als hätte man in der Christenheit schon alles absolviert, was den gigantischen Berg von Mißverständ-

nissen und theologischer Sprachverwirrung im Laufe von Jahrhunderten angehäuft hat. Stehen wir doch erst am Anfang dieser mühevollen und segensreichen Arbeit, die glücklicherweise im März dieses Jahres ihren Fortgang genommen hat.

„Versuchliche Dichtung“

Der begabte Literatur- und Filmrezensent der „Stimme der Gemeinde“, des Organs der „Bekennenden Kirche“, Pfr. Herbert Werner, Stuttgart, gibt in der „Evangelischen Theologie“ (Februar 1951) ein eindrucksvolles Gesamtbild der katholischen Dichtung der Gegenwart. Aus Werken der Langgässer und Le Fort, Bernanos, Claudels und anderer wird der mutige, realistische Enthüllungsscharakter dieser Dichtung in treffenden Zitaten dargelegt: das Dahingegebensein des gläubigen Menschen in die Armut, in das Elend dieses Lebens und seine Verlorenheit an eine Welt, die der Hölle nur gar zu ähnlich sieht. Ein evangelischer Leser dieser erschütternden Konzentration dichterischer Visionen des Menschen — und ein katholischer Leser wohl nicht minder — muß geradezu den Eindruck gewinnen, daß es der katholischen Dichtung der Gegenwart vorbehalten blieb, die lebendige Brücke zu schlagen, ja mehr noch, das tiefe Zusammenstimmen der getrennten Christen untereinander zu erwirken, besonders dadurch, daß sie für das katholische Bewußtsein den Durchbruch in jenen Bereich des „simul peccator et justus“ geöffnet hat, für den Luther und mit ihm unsere evangelischen Brüder hartnäckig Zeugnis ablegen, jene „dreckichte Heiligkeit“ der Christen, von der zwar die sakramentale Ontologie nichts weiß, von der aber die Aszetik der Heiligen von jeher erfüllt war. Pfr. Werner ist offensichtlich ergriffen von diesen Einsichten und Bekenntnissen der katholischen Dichter, deren Apostolat im evangelischen Raum gar nicht überschätzt werden kann. Wenn er nun den besonderen katholischen Zügen nachspürt, die diese Werke von ähnlichen des Existenzialismus unterscheiden, so findet er drei „Aufträge“, welche diese Dichtung heute ausrichtet: die Nacktheit und Ernüchterung, in der sich der Mensch am Ende seiner Leidenschaften vorfindet, öffnet ihn für die Gnade, die ihm folgt. Der Ausgezogene, Armgemachte und Losgeschälte findet die Teilnahme am Leiden des Gekreuzigten, dessen er ansichtig wird; und diese „Armgemachten sind die Geheiligten und Heiligen. Sie sind der Schatz der Kirche. Sie retten die Welt. Durch sie ragt Gottes Gnade herein in die dahingegebene Welt, wurzelt in der Welt und umfaßt die Welt. Und dieses scheint mir die letzte große Aussage der katholischen Dichtung zu sein“. Bis zur letzten Seite dieses Aufsatzes wird der evangelische Leser hingerissen, wahrscheinlich so sehr, daß er kaum mehr einen Unterschied seines evangelischen Bußglaubens von dieser katholischen Tiefe des Gnadenbewußtseins bemerkt. Aber dann wird er aufgeschreckt durch einen theologischen Warnruf: diese Dichtung mündet in der Verehrung der Heiligen und — der Gottesmutter und ist daher ein direkter Weg zur verbotenen „analogia entis“. Werner schließt: „Wir Evangelischen können nicht dem Werk des Menschen das Wort reden, auch nicht in seiner feinsten Form, die geradezu wie seine radikale Verleugnung anmutet: der heiligen Armut. Die katholische Dichtung der Gegenwart, der wir so wenig zur

Seite zu stellen haben, ist große Dichtung. Ist sie am Ende trotz, ja gerade wegen ihrer großartigen Aussagen nicht eine über alle Maßen versuchliche Dichtung?“ Herbert Werner hat eine große Gabe der Einsicht und Einfühlung. Sollte ihm wirklich verborgen geblieben sein,

daß alle die von ihm zitierten Dichter nichts anderes im Sinne haben, als in der nüchternen Sprache unserer Generation zu verkünden, daß Gott allein in Jesus Christus die Ehre gebührt, gerade in seinen elenden Heiligen?

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über eine Ordnung der Welt ohne Gleichmacherei

Am 6. April hat der Heilige Vater die Teilnehmer am Kongreß der „Allgemeinen Bewegung für eine Weltföderation“ empfangen und an sie folgende Ansprache gehalten:

Die Kirche als Friedensförderin

Meine Herren Mitglieder der „Allgemeinen Bewegung für eine Weltföderation“! Lebhaft berührt durch Ihren ehrerbietigen Besuch, bieten Wir Ihnen Unsern herzlichen Willkommgruß. Unser lebendiges Interesse für die Sache des Friedens in einer so hart geprüften Menschheit ist Ihnen wohlbekannt. Wir haben es häufig genug bezeugt. Es gehört im übrigen zu Unserer Sendung. Die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens ist immer Gegenstand Unserer dauernden Sorge gewesen und wird es immer noch mehr. Und wenn die Ergebnisse nur zu oft Unseren Mühen und Unseren Handlungen nicht entsprochen haben, so wird Uns der Mißerfolg doch niemals entmutigen, bis endlich der Friede in der Welt herrschen wird. Dem Geiste Christi treu, arbeitet die Kirche mit all ihrer Kraft darauf hin; sie tut es durch ihre Lehren und durch ihre Ermahnungen, durch ihren ununterbrochenen Einsatz, durch ihr unaufhörliches Gebet.

Sie ist in der Tat eine Macht des Friedens, zum mindesten dort, wo man die Unabhängigkeit und die Sendung achtet und ehrt, die sie von Gott erhalten hat, wo man nicht versucht, sie zur gehorsamen Dienerin politischer Selbstsucht zu machen, wo man sie nicht als Feindin behandelt. Sie will den Frieden, sie wirkt für den Frieden, ihr Herz ist mit all denen, die ihn mit ihr zugleich wollen und sich diesem Ziel widmen. Doch weiß sie — und das ist ihre Pflicht — zwischen den echten und den falschen Freunden des Friedens zu unterscheiden.

Sie will ihn, und darum bemüht sie sich, alles zu fördern, was im Rahmen der göttlichen, natürlichen und übernatürlichen Ordnung zu seiner Sicherung dient. Ihre Bewegung, meine Herren, hat sich zum Ziel gesetzt, eine wirksame politische Organisation der Welt zu schaffen. Nichts entspricht mehr der überlieferten Lehre der Kirche noch ihrer Lehre über den gerechten oder ungerechten Krieg, zumal unter den heutigen Verhältnissen. Man muß zu einer Organisation dieser Art kommen, und wäre es nur, um dem Wettrüsten ein Ende zu machen, durch das sich seit Jahrzehnten die Völker ruinieren und völlig nutzlos erschöpfen.

Das Wesen des Menschen verlangt Vielfalt

Sie sind der Meinung, daß diese Organisation, um wirksam zu sein, föderativen Charakters sein müsse. Wenn

Sie darunter verstehen, daß sie von dem Automatismus einer mechanischen Gleichmacherei befreit werden müsse, so sind Sie auch damit in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialen und politischen Lebens, die die Kirche mit Entschiedenheit aufstellt und vertritt. In der Tat wäre keine Weltorganisation brauchbar, die nicht mit der Vielfalt der natürlichen Beziehungen, mit der normalen organischen Ordnung übereinstimmte, die die besonderen Verhältnisse der Menschen und der verschiedenen Völker regelt. Andernfalls würde es ihr, wie immer sie aufgebaut wäre, unmöglich sein, Bestand und Dauer zu haben.

Darum sind Wir überzeugt, daß es die erste Sorge sein muß, diese grundlegenden Prinzipien auf allen Gebieten sicher zu verankern oder wiederherzustellen: auf nationalem und konstitutionellem, wirtschaftlichem und sozialem, kulturellem und sittlichem Gebiet.

Auf nationalem und konstitutionellem Gebiet. Überall ist das Leben der Nationen gegenwärtig zersetzt durch den blinden Kult der bloßen Zahl. Der Bürger ist Wähler. Aber als solcher ist er in Wahrheit nur eine der Einheiten, deren Summe eine Mehrheit oder Minderheit ergibt, die durch die Verschiebung einiger Stimmen, vielleicht sogar einer einzigen, umgestürzt werden kann. Für die Parteien gilt er nur im Hinblick auf seinen Wert als Wähler wegen der Unterstützung, die seine Stimme bringt; von seiner Bedeutung und seiner Rolle in der Familie oder im Beruf ist keine Rede.

Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Es gibt keine natürliche organische Einheit zwischen den Produzenten, sobald der quantitative Utilitarismus, die bloße Erwägung des Gewinns die einzige Norm ist, die den Produktionsort, die Arbeitsverteilung bestimmt, sobald die „Klasse“ und nicht mehr die Zusammenarbeit in der Berufsgemeinschaft die Menschen in der Gesellschaft künstlich einteilt.

Auf kulturellem und sittlichem Gebiet. Die von allen Banden, allen Regeln, allen objektiven und sozialen Werten losgelöste individuelle Freiheit ist in Wahrheit nur tödliche Anarchie, besonders im Bereich der Jugend-erziehung.

Keine Weltordnung kann Bestand haben ohne Förderung des Eigenlebens

Solange man die universale politische Organisation nicht auf diese unerläßliche Grundlage gestellt hat, läuft man Gefahr, den Todeskeim der mechanischen Gleichmacherei in sie selber hineinzulegen. Wir möchten alle, die daran denken, sie zu verwirklichen, einladen, darüber, zumal auch vom föderalistischen Standpunkt aus, nach-